

Andreas Pettenkofer

Radikaler Protest

Zur soziologischen Theorie
politischer Bewegungen

campus

Radikaler Protest

»Theorie und Gesellschaft«

Herausgegeben von

Jens Beckert, Rainer Forst, Wolfgang Knöbl,
Frank Nullmeier und Shalini Randeria

Band 67

Andreas Pettenkofer, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt.

© Campus Verlag GmbH

Andreas Pettenkofer

Radikaler Protest

Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
ISBN 978-3-593-38760-4

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne
Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2010 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Vorwort	7
I. Das rationalistische Paradigma und seine Grenzen	
Einleitung.....	19
1. Der negative Bezugspunkt der neueren Protestforschung: Parsons' Anomietheorie politischer Konflikte.....	21
2. Theorien über selektive Anreize	24
3. Theorien über Gelegenheitsstrukturen.....	33
3.1 Ressourcenverteilungen.....	34
3.2 Politische Gelegenheiten.....	42
3.3 Exkurs zur Methode der Protestereignisanalyse	60
4. Kulturosoziologische Ergänzungsversuche und die Erschöpfung des rationalistischen Paradigmas	67
4.1 Rahmen	67
4.2 Routinen.....	75
4.3 Identitäten.....	77
5. Exkurs: Protestforschung als Normalisierungsunternehmen	86
5.1 Protestforschung als Organisationsberatung	87
5.2 Protestforschung als Rechtfertigungsrhetorik	89
5.3 Wissenschaftsinterne Stützen politischer Normalisierung	104
6. Zurück zu Parsons?	107
6.1 Die »neofunktionalistische« Kulturosoziologie politischer Konflikte.....	108
6.2 Grenzen eines kontrafaktisch gewendeten Rationalismus	124

II. Bausteine für eine Soziologie des radikalen Protests

Einleitung.....	131
7. Die soziale Konstitution des Protestteilnehmers (Dewey, Mead etc.)	133
7.1 Protestereignisse und die Entstehung neuer Deutungsmuster	136
7.2 Karrieren des Identitätswandels.....	146
7.3 Missachtung als Protestgrund.....	165
8. Protest als Selbstprüfung und Selbsttechnik (Weber).....	181
8.1 Charisma und politische Bewegungen: einige Missverständnisse	182
8.2 Weltablehnung und die Stabilisierung radikalen Engagements	185
8.3 Die »Sekte« als Organisationsform politischen Protests	199
9. Protest als ritualgestützte Glückserfahrung (Durkheim).....	209
9.1 Protestereignisse als religiöse Feste	211
9.2 Durkheims Naturalismusproblem – und seine Folgen	220
9.3 Euphorie und gründende Gewalt	230
9.4 Religiöse Metaphern und kulturelle Pfadabhängigkeit: die »Ansteckungskraft des Heiligen«.....	243
10. Die soziale Ordnung radikalen Protests.....	249
10.1 Protestbewegungen als Felder der Sektenkonkurrenz	249
10.2 Religionsbasierte Mechanismen und die Bindung kalkulierender Akteure	263
Nachweise.....	270
Literatur.....	271

Vorwort

Für die Erklärung sozialen Wandels bleibt die Frage zentral, unter welchen Bedingungen Protestbewegungen entstehen und sich stabilisieren. Nicht, weil solche Bewegungen typischerweise Machtpositionen erlangen, von denen aus sie ihre anfänglichen Programme umsetzen; sondern weil der Wandel politischer Selbstverständlichkeiten – der Plausibilitätsverlust geltender sozialer Klassifikationen, das Aufkommen neuer Problematisierungen – regelmäßig auf Bewegungen zurückgeht, deren Protest in diesem Sinne *radikalen* Charakter hat. Selbst Prozesse, deren Ergebnisse durchaus nicht den Absichten irgendeiner Protestbewegung entsprechen, können entscheidende Anstöße durch solche Bewegungen erhalten haben.¹ Insofern führt der Versuch, sozialen Wandel zu erklären, wieder zurück zur Frage nach den Entstehungs- und Bestandsbedingungen eines bestimmten Ordnungstyps. Denn die Hinwendung zum Protest ist ja nicht als Ergebnis einer Freisetzung aus dem Sozialen zu erklären (eines Wegfalls »sozialer Zwänge« o.ä.); sie ist mit der Entstehung einer spezifischen – prekären, unwahrscheinlichen – sozialen Struktur verbunden, die Protest hervorbringt und stabilisiert. Dabei verzichtet man auf wichtige Erklärungsmöglichkeiten, wenn man sich vorab darauf festlegt, dass Protestbewegungen bloß als »soziale Träger« jeweils schon bestehender kultureller Muster wirken. Eine Theorie sozialer Bewegungen sollte auch klären, inwieweit solche sozialen Strukturen *unmittelbar* – durch eine Eigendynamik, die sie selbst hervorbringen – den Wandel kultureller Muster befördern.

Die spezialisierte Protestforschung lässt hier viele Fragen offen. Sie führt den Strukturaufbau von Protestbewegungen üblicherweise darauf zurück, dass die Beteiligten rational auf Gelegenheiten reagieren, die ihnen

¹ So zeigen Boltanski und Chiapello in ihrem Buch über den *Neuen Geist des Kapitalismus* (2003), wie ein systemstabilisierender Wandel, der den Wünschen der einstmalig protestierenden Minderheit direkt widerspricht, essentiell auf kulturellen Innovationen aufbaut, die im Zuge dieses Minderheitenprotests entstanden sind.

ihre politische Umwelt signalisiert. Die Varianten dieses Ansatzes unterscheiden sich nur in ihren Antworten auf Frage, was die relevante Gelegenheitsstruktur ausmacht – ob es hier eher auf Muster der Ressourcenverteilung oder eher auf »politische Gelegenheiten« ankommt, und ob auch so etwas wie eine »kulturelle Gelegenheitsstruktur« berücksichtigt werden sollte. Dieser Ansatz sagt kaum etwas zu den eigenständigen Effekten, die Protestbewegungen in Prozessen kulturellen Wandels haben können: Da seine Erklärungsstrategie immer auf eine unterstellte zweckrationale Umweltorientierung der Beteiligten verweist, kann er nur denjenigen Wandel von Deutungsmustern erfassen, der sich als Ergebnis strategischer Manipulation (»Framing«) deuten lässt. Er kann auch Ordnungsbildung nicht gut erklären. Gerade in Protestbewegungen, die sich nicht oder nur schwach institutionalisierten Themen widmen, ist es meist *unmöglich*, jene rationalen Erfolgserwartungen zu entwickeln, auf die dieser Ansatz den internen Strukturaufbau solcher Bewegungen zurückführen will; zugleich haben die an solchen Bewegungen Beteiligten oft mit erheblichen Nachteilen zu rechnen, von der stillen Verachtung ihrer Nachbarn bis hin zur tödlichen staatlichen Gewaltanwendung. Damit zeigt sich ein Problem, das zuerst in der Technik- und Wissenschaftsforschung und in der Wirtschaftssoziologie diskutiert wurde, hier aber einer eigenen Lösung bedarf: Eine Hauptschwierigkeit einer Theorie sozialer Bewegungen betrifft die Frage, wie Ordnungsbildung *trotz Ungewissheit* möglich ist.² Die Antwort kann nicht auf eine Orientierung an Gelegenheitsstrukturen verweisen; sie müsste eher zeigen, unter welchen Bedingungen eine *Abkopplung* von der Gelegenheitsstruktur eintritt. Das Standardmodell hilft hier kaum weiter. Darum sollte man die Frage, wie Protest zu erklären ist, wieder an die allgemeine sozialtheoretische Diskussion zurückbinden, um so auf Konzepte zugreifen zu können, die in der Protestforschung derzeit meist ungenutzt bleiben. Da für das Erklärungsproblem die Frage des Entscheidens unter Ungewissheit zentral ist, kommen hier nur Konzepte in Frage, die auch auf der Ebene des Handelns ansetzen,³ und die sich dabei nicht zu sehr auf Annahmen über die Rationalität dieses Handelns verlassen; denn die Leis-

2 Latour (1987) ist grundlegend in der Technik- und Wissenschaftsforschung. Beckert (1997) zeigt, dass diverse Phänomene, mit denen sich die neuere Wirtschaftssoziologie befasst, als Varianten eines solchen Ungewissheitsproblems begriffen werden können.

3 Eine andere, komplementäre Lösungsstrategie besteht darin, sich zunächst auf die Frage der makrosozialen Rahmenbedingungen zu konzentrieren, um hier – durch differenziertere und theoretisch konsequenter durchgearbeitete Beschreibungen – zu genaueren Erklärungen zu kommen; für einen solchen Ansatz vgl. Kern (2008).

tungsfähigkeit von Handlungsrationalität unter den Bedingungen einer solchen Ungewissheit ist bekanntlich eng begrenzt.

Nun gibt es eine prominente sozialtheoretische Perspektive, die eine nicht rationalisierende Sicht auf Protestbewegungen anbietet: die Theorie-*linie*, die von Parsons und Smelser zum heutigen »Neofunktionalismus« führt. Tatsächlich bildet dieser Ansatz wohl den wichtigsten negativen Bezugspunkt der neueren Protestforschung. Er deutet Protestphänomene mit den Kategorien der klassischen Religionssoziologien; Parsons greift vor allem auf Weber zurück, bei Jeffrey Alexander – dem Hauptvertreter des »Neofunktionalismus« – findet sich eine intensive Auseinandersetzung mit Durkheim. Allerdings nutzen Parsons und Smelser diese Konzepte gerade für eine *Pathologisierung* des politischen Protests. Ihre Beschreibung des Protesthandelns entfernt sich nicht weit von jener vertrauten politischen Rhetorik, die »religiös«, »Ritual« und »Sekte« als Schimpfwörter gebraucht; insoweit werden die religionssoziologischen Konzepte hier eher dafür genutzt, ein säkularistisches Alltagsverständnis rhetorisch zu überhöhen. Entsprechend wird die Analyse von Protestbewegungen nur in einem sehr eingeschränkten Sinne an die Analyse sozialen Wandels angebunden: Parsons fragt nicht, welche eigenständige Rolle Protestbewegungen in Prozessen sozialen Wandels spielen, sondern betrachtet sie als pathologische Nebenprodukte eines Wandels, der direkt von systemischen Anforderungen angetrieben wird (*Kapitel 1*). Auch die »neofunktionalistische« Aktualisierung dieses Ansatzes bietet – so interessant sie als Kulturosoziologie politischer Konflikte zunächst ist – auf die oben genannten Fragen keine Antwort. Alexander beginnt nicht nur ebenfalls rasch mit der Pathologisierung von Protest, er strebt auch letztlich gar keine Erklärung kulturellen *Wandels* mehr an, weil er kulturelle Hyperstabilität voraussetzt (*Kapitel 6*). Bei Parsons wie bei Alexander bleibt die Vorstellung eines rein rationalen politischen Handelns kontrafaktischer Bezugspunkt aller Erklärungen.

Letztlich sind beide Perspektiven – die der *Mainstream-Protestforschung* und die der *parsonianischen Tradition* – nur unterschiedliche Ausprägungen eines einzigen Diskurses. Beide gehorchen einer *liberalen* Rechtfertigungsordnung, deren Kategorien sie in die Sprache der empirischen Sozialwissenschaften übersetzen (*Kapitel 5*).⁴ Der *Mainstream* der Protestforschung wendet sich zwar gegen die Pathologisierung von Protest und begreift ihn als Motor von Prozessen sozialen Wandels, die positiv zu wer-

4 Über sozialwissenschaftliche Theorien als Übersetzungen politischer Rechtfertigungsordnungen vgl. Boltanski und Thévenot ([1991] 2007).

ten sind. An die Stelle der alten pathologisierenden Beschreibung setzt er aber eine Normalisierungsrhetorik, die Protest immer schon an jenes Idealbild ›rationalen‹ – zweckgerichteten, reflektierten, im Zweifel: gemäßigten – politischen Handelns assimiliert, das auch für die parsonianische Tradition maßgeblich ist; und es sind diese Rationalitätszuschreibungen, die ihm als Rechtfertigung dafür dienen, positiv bewertete Prozesse als Folgen von Protestbewegungen zu deuten.

Um einen alternativen Erklärungsansatz zu finden, muss man den Raum dieser konkurrierenden Rationalismen verlassen. Zu diesem Zweck geht das vorliegende Buch zu einigen klassischen Positionen zurück, die vor jener rationalistischen Wende formuliert wurden, deren Folgen die Sozialwissenschaften heute prägen. Zunächst knüpft es an die pragmatistisch inspirierte Traditionslinie in der Soziologie an, die von der Chicago School zum ›Symbolischen Interaktionismus‹ reicht (*Kapitel 7*). Im Übrigen nimmt es die Einschätzung der parsonianischen Tradition auf, dass radikaler Protest am besten als *Religions*phänomen zu begreifen ist, und knüpft – davon ausgehend – an die klassischen Religionssoziologien von Weber und Durkheim an, aber eben *nicht* mit dem Ziel einer Pathologisierung politischen Protests. Erst wenn man diese Ansätze nicht diesem Ziel unterwirft, kann man ihr Erklärungspotential wirklich nutzen (*Kapitel 8 und 9*).

Alle diese Ansätze zielen auf eine *allgemeine* Konzeptualisierung der Rolle, die nicht rationalistisch integrierbare Momente bei der Konstitution von Kollektivakteuren und entsprechend in Prozessen sozialen Wandels spielen. Auch der Nachweis einer nur religiös zu verstehenden Dimension politischen Handelns dient hier nicht dazu, dieses Handeln im Namen einer als Ideal unterstellten reinen Zweckrationalität zu kritisieren. Vielmehr gehen diese Ansätze davon aus, dass eine solche ideale Zweckrationalität nicht das leisten könnte, was manche utilitaristischen Modelle von ihr erwarten. Insgesamt sind sie noch nicht an jene liberale Rechtfertigungsordnung gebunden, die auch die Mainstream-Protestforschung von Grund auf prägt. Darum erlauben sie es, Mechanismen zu identifizieren, die eine Eigendynamik des Protests hervorbringen, die sich nicht auf eine Anpassung an Gelegenheitsstrukturen reduzieren lässt, und die deshalb geeignet sind, Entstehung, Stabilität und Erfolg radikaler Bewegungen zu erklären.⁵

5 Um ein mögliches Missverständnis zu vermeiden: Das Stichwort ›Mechanismen‹ wird oft mit einem Plädoyer für RC-Erklärungen verbunden (Hedström/Swedberg 1998; Schmid 2006), also mit der Prämisse, dass zunächst nicht nach der Art der handlungs-

Die Handlungstheorie, die den Kern der pragmatistischen Tradition ausmacht, entwirft ein Bild, das sich grundlegend unterscheidet von dem eines Akteurs, der seiner Situation rational-distanziert gegenübersteht, während er *choices within constraints* trifft. Die pragmatistische Perspektive lässt das *passive* Moment im Handeln viel stärker hervortreten. Sie lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass Akteure nicht einfach Gelegenheiten ergreifen, die sie in Situationen vorfinden, sondern von ihren Handlungssituationen selbst ergriffen werden. Dabei fordert sie dazu auf, das nicht als eine *mögliche Pathologie* des Handelns zu begreifen, sondern als ein wesentliches Element *jedes* Handlungsprozesses, insbesondere: jedes *Innovations*prozesses. Aus der soziologischen Übersetzung dieser Tradition ergibt sich auch eine andere Sicht auf die Wandlungsprozesse, die durch Protestbewegungen in Gang kommen. Hier findet sich bereits ein eigenständiger Zugang zu sozialen Bewegungen; interessant ist zunächst die in der Chicago School einsetzende Aufmerksamkeit dafür, dass im Verlauf von Protestereignissen neue Normen entstehen können. Noch wichtiger ist jedoch das bisher vor allem kriminologisch genutzte Konzept der »Karriere«, das auf die Erfassung von Prozessen zielt, in deren Verlauf sich die Identitäten der Betroffenen von Grund auf wandeln, so dass diese ganz andere Handlungsdispositionen erwerben; dieses Konzept ermöglicht es, die Frage nach der sozialen Konstitution der Protestteilnehmer genauer zu stellen. Zum Teil bietet diese Tradition bereits ausgearbeitete Erklärungsvorschläge; prominent ist die – unter Rückgriff auf Meads Theorie personaler Identität – von Axel Honneth ausgearbeitete These, dass Proteste, die nicht dem Modell zweckrationaler Interessenverfolgung entsprechen, typischerweise durch

leitenden Sinnstruktur gefragt werden muss, da letztlich, auf einer basalen Ebene, immer die gleiche zweckrationale Verstehens- und Entscheidungsregel wirkt. Dafür gibt es aber keinen zwingenden Grund – schon weil es inkohärent wäre, die (für die Suche nach den wirksamen Mechanismen wesentliche) Frage nach solchen handlungsleitenden Regeln im Vorhinein durch RC-Prämissen einzuschränken. (Im Gegenteil lässt sich der Anspruch, einen Erklärungsgegenstand mit einem RC-Modell vollständig zu erfassen, am ehesten dort verteidigen, wo der Selektionsdruck der Umwelt so hoch ist, dass sich mittelfristig in jedem Fall diejenige dieser Umwelt angepasste Neuorientierung durchsetzen wird, die der Protagonist eines RC-Modells hätte – sei es durch Ausscheiden der nicht Angepassten, durch Lernen aus Erfahrung oder tatsächlich durch rationale Antizipation; also gerade in den Fällen, in denen die Frage nach den tatsächlich wirksamen Mechanismen weniger dringlich ist.) Im Folgenden spielt diese Prämisse keine Rolle; die meisten hier relevanten Mechanismen lassen sich nur erfassen, wenn man keine RC-Position vertritt.

Erfahrungen der *Missachtung* motiviert sind. Ansonsten liegt der Beitrag dieser Tradition aber vor allem darin, dass sie eine neue *Perspektive* eröffnet.

Grundlagen einer *spezifischen* Erklärung dafür, wie solche Prozesse des Wandels von Identitäten und Situationsdeutungen geschehen, finden sich dagegen in den klassischen Religionssoziologien (wobei die pragmatistische Perspektive hilft, hier tragfähigere, für die Sinndimension der untersuchten Handlungsabläufe aufmerksamere Rekonstruktionen zu entwickeln)⁶. Zunächst ermöglichen sie eine genauere Erfassung der Sinnstrukturen, die Protesthandeln anleiten: Erstens zeigen sie, wie der Vollzug eines radikalen Engagements unmittelbar für die Selbstverhältnisse der Beteiligten relevant werden kann, als euphorisch erlebter Selbstausdruck, als Selbstprüfung oder als Selbsttechnik. Zweitens gestatten diese Konzepte eine andere Perspektive auf die Ordnungsbildung in Protestbewegungen. Hier zeigen sie einerseits, wie Strukturaufbau auch diesseits und jenseits der Ebene formaler Organisationen möglich ist – in Gestalt ritualgestützter loser Kooperationen, aber auch in Gestalt der Protestrituale selbst, die sich aus dieser Sicht als Fälle eines eigenständigen, wenn auch ephemeren Ordnungstyps mit sozialen Wirkungen erweisen. Andererseits lässt sich mit ihnen die Funktionsweise eines spezifischen Typs von Bewegungsorganisationen erfassen, den Weber (ohne polemische Konnotationen) als ›Sekte‹ bezeichnet; dieses Konzept hilft auch zu erklären, wie der Aufbau proteststabilisierender Organisationen ohne jene materiellen Ressourcen möglich ist, mit denen für Mitglieder Anreize geschaffen werden könnten, eigene moralische Motive hintanzustellen. Drittens bieten diese Konzepte Erklärungen dafür an, wie solche Handlungsmuster sozial erzeugt werden und sich vermittelt über die Ordnungen, die sie hervorbringen, selbst reproduzieren, durch einen rekursiven Prozess, der die Beteiligten innerlich verändert. All das ermöglicht eine Erklärung von Prozessen kulturellen Wandels, in denen zunächst, für die Protestteilnehmer, Veränderungen des Selbst- und des Weltverhältnisses einander wechselseitig bedingen.

Nach der Rekonstruktion dieser Mechanismen kann man die soziale Struktur radikaler Protestbewegungen als ganze besser erfassen (*Kapitel 10*): Mit einer umgearbeiteten Variante von Bourdieus Feld-Konzept (das ja bereits großteils aus Theorieelementen aufgebaut ist, die den Religionssoziologien von Weber und Durkheim entstammen) lässt sich der Kern dieser Struktur als *Protestfeld* begreifen: als eine selbststabilisierende Ordnung

⁶ Den Nutzen einer Verknüpfung dieser beiden Theorielinien betont Joas (1992b: 273ff.).

der internen Konkurrenz und des internen Konflikts, die den (von Weber und Durkheim beschriebenen) fundierenden Mechanismen erst ihre volle Stabilität und Wirkungsmächtigkeit verschafft, und auch dadurch den nach außen gerichteten Protest auf Dauer stellt. Damit lässt sich dann auch zeigen, warum die oben beschriebenen Mechanismen selbst auf diejenigen Akteure eine Bindungswirkung ausüben, deren Handlungsorientierungen den Erwartungen des rationalistischen Paradigmas entsprechen; so dass der hier vorgeschlagene Erklärungsansatz auch einen Gutteil der plausiblen rationalistischen Erklärungselemente integrieren kann – und dabei aber zeigt, dass sie jeweils *sekundäre* Mechanismen betreffen.

Vorab werden im ersten Teil dieses Buchs die unterschiedlichen Ausprägungen des rationalistischen Paradigmas diskutiert – nicht nur, um im Detail deutlich zu machen, warum die derzeit gängigen Erklärungsvorschläge nur eingeschränkt funktionieren und eine *interne* Lösung ihrer Schwierigkeiten nicht zu erwarten ist; sondern auch, um die zu bearbeitenden Probleme genauer zu identifizieren. Dafür ist es wichtig, auch das derzeitige Standardmodell der Protestforschung, das die Grundlage der gängigen konkurrierenden Gelegenheitsstruktur-Erklärungen bildet, als Theorie ernst zu nehmen (*Kapitel 3*). Um die – in neueren Texten weithin implizit bleibenden – theoretischen Prämissen dieses Ansatzes deutlicher herauszuarbeiten, konzentriert sich die Darstellung auf die älteren Gründungstexte, die hauptsächlich aus der amerikanischen Debatte der 1970er und 80er Jahre stammen. Die Rekonstruktion dieser Debatte zeigt, wie ein bestimmtes Set von rationalistischen Verkürzungen immer von Neuem wiederkehrt – auch in den Versuchen einer kultursoziologischen Erweiterung, die bereits ein Ergebnis der Selbstkritik dieses Ansatzes darstellen, und zunächst noch dort, wo von »kollektiver Identität« die Rede ist (*Kapitel 4*). Die entsprechenden Probleme betreffen also nicht nur die explizit als solche auftretenden Rational-Choice-Theorien, und erst recht nicht nur diejenigen, die rationalen Egoismus als einzige denkbare Grundlage aller Handlungsmotive begreifen. Dass dies in der Protestforschung oft nicht gesehen wird, liegt auch an einer verkürzten Auseinandersetzung mit den Arbeiten, die an Olsons *Logic of Collective Action* anknüpfen: Der Mainstream der Protestforschung zieht aus einer zunächst plausiblen Kritik, die sich gegen die Fixierung auf das Problem des rationalen Egoismus richtet, kurzschlussige Konsequenzen: Weil dort – gegen Olsons Einsicht – meist angenommen wird, dass Kooperationsprobleme rationaler Akteure nur auftreten können, wenn die Beteiligten egoistisch eingestellt sind, werden die

Schwierigkeiten des Versuchs, die Entstehung und Stabilisierung von Protestbewegungen durch Verweis auf die Kooperation zweckrationaler Akteure zu erklären, erheblich unterschätzt. Darum wird Olsons Frage, wie Ordnungsbildung in sozialen Bewegungen auf der Handlungsebene funktioniert, dort kaum weiterverfolgt (*Kapitel 2*). Diese Frage – die nicht an die Vorstellung eines dominierenden Egoismus gebunden ist und auch nicht an eine andere Form von RC-Theorie – wird im Folgenden aufgenommen. Die Klärung der sozialen Bedingungen jener unwahrscheinlichen Ordnungsform, die radikale Protestbewegungen darstellen, sollte – so die Hoffnung – auch für die allgemeine sozialtheoretische Diskussion einen Nutzen haben. Denn auch wenn es sich bei dem Problem, wie Ordnungsbildung trotz Ungewissheit möglich ist, um eine sozialtheoretische Grundlagenfrage handelt, lässt es sich doch nur dann sinnvoll diskutieren, wenn man sich nicht auf die Betrachtung einer (wie auch immer bestimmten) allgemeinen Ebene des Sozialen beschränkt, sondern den Umweg auf sich nimmt und sich in je spezifische Ordnungsformen vertieft.⁷

Dieses Buch ist eine überarbeitete und deutlich erweiterte Fassung des ersten Teils meiner Dissertation, die unter dem Titel »Kritik und Gewalt. Zur Genealogie der westdeutschen Umweltbewegung« im September 2007 am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt angenommen wurde. An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen bedanken, die diese Arbeit unterstützt haben. Zunächst habe ich einer Reihe von Institutionen zu danken: dem Graduiertenkolleg »Genese, Strukturen und Folgen von Wissenschaft und Technik« am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld, sowie dem Max-Weber-Kolleg, für hervorragende Arbeitsbedingungen und die Gelegenheit zu wirklich interessanten Diskussionen; außerdem der Hans-Böckler-Stiftung und der Jutta-Heidemann-Stiftung, für finanzielle Förderung. Im Übrigen möchte ich zuallererst Hans Joas und Alfons Bora danken, die nicht nur die Begutachtung des fertigen Textes übernommen, sondern auch die entscheidenden kritischen Fragen gestellt haben. Sodann den anderen Mitgliedern der Promotionskommission: Hans Kippenberg, Alexander Thumfart und vor allem Wolfgang Knöbl, der sich auch als Mitherausgeber der Reihe »Theorie und Gesellschaft« um dieses Buch gekümmert hat. Gedankt sei auch den anderen HerausgeberInnen, namentlich Jens Beckert für hilfreiche

⁷ Als Plädoyer dafür, soziologische Theoriefragen nicht nur auf dem Wege des allgemeinen Redens über das Allgemeine zu bearbeiten, vgl. Schimank (2002).

Anmerkungen zu einzelnen Abschnitten und Frank Nullmeier für sein aufschlussreiches Gutachten. Dank auch an Sven Papcke, der als Vertrauensdozent der Böckler-Stiftung alle bürokratischen Umständlichkeiten vermieden hat. Wichtige Hinweise verdanke ich kritischen Zuhörerinnen und Zuhörern in Bayreuth, Berlin, Brisbane, Frankfurt a.M., Göttingen, Hagen, Helsinki, Kassel, Konstanz, Montréal, Osnabrück, Potsdam und Wuppertal. Uwe Schimank hat mich dazu gebracht, nochmals von Grund auf über das Argument nachzudenken. Jochen Roose danke ich für klärende Diskussionen zur Protestforschung, Frithjof Nungesser für kritische Lektüre in letzter Minute. Christoph Liell, Jörg Potthast, Ferdinand Sutterlüty, Niels Taubert und Ines Tobis haben verschiedene Fassungen des Arguments gelesen und sich über Jahre hinweg für Diskussionen zur Verfügung gestellt. Danken möchte ich schließlich meinen Eltern, die mich hier in jeder erdenklichen Hinsicht unterstützt haben; und Dorit Birkenfeld, die auf ganz unterschiedliche Weisen dazu beigetragen hat, dass dieses Buch tatsächlich fertig geworden ist.

Das rationalistische Paradigma und seine Grenzen

Einleitung

Eine Kritik des modernisierungstheoretischen Evolutionismus muss nicht mehr geschrieben werden; dass sich der reale historische Prozess nicht als Entfaltung von Rationalität begreifen lässt, wurde hinreichend oft betont. Auch Theorien, die alle sozialen Phänomene auf das Handeln rationaler Egoisten zurückführen wollen, bedürfen wohl keiner ausführlichen Widerlegung mehr. Eine Rationalismuskritik, die sich auf diese Punkte beschränkt, reicht aber nicht aus. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, ist die Soziologie des politischen Protests eines der Forschungsfelder, die von diesem Problem besonders stark betroffen sind.

Ich beginne mit einer Skizze jener Anomietheorie politischen Protests, in Abgrenzung zu der sich der aktuelle Mainstream der Protestforschung entwickelt hat. Danach stelle ich die verschiedenen Versionen dieser Mainstream-Position dar. Das zweite Kapitel diskutiert diejenige Erklärungsstrategie, die Protestteilnehmer als rationale Egoisten begreift und ihr Engagement in erster Linie auf selektive Anreize zurückführt; gezeigt werden soll, dass dieser Ansatz auch in seinen neueren Reformulierungen nicht wirklich weiterhilft. Das dritte Kapitel rekonstruiert das derzeitige Standardmodell der Protestforschung, das auf unterschiedliche Varianten eines Gelegenheitsstruktur-Konzepts abstellt und damit eine Variante der geläufigen Erklärung durch *choice within constraints* vorschlägt. Um die Mechanismen herauszuarbeiten, die dieses Standardmodell voraussetzen muss, nutze ich auch die interne selbstkritische Diskussion unter Rational-Choice-Theoretikern, die in der Protestforschung bisher kaum berücksichtigt wird. Das vierte Kapitel widmet sich einer Reihe von Versuchen, die offenkundig gewordenen Probleme dieses Ansatzes durch konzeptuelle Erweiterungen und durch eine Öffnung zur Kulturosoziologie zu lösen. Der Durchgang durch diese Bemühungen zeigt: Der Versuch, diese Theorieprobleme intern zu lösen, hat wenig Aussichten, da sich alle Probleme dieses Ansatzes aus einem Rationalismus ergeben, der fest in der Theorie-

konstruktion verankert ist. (Wie Kuhn betont, macht es ja gerade den Charakter von Paradigmen aus, dass auch Probleme, die im Prinzip erkannt sind, oft nur unzureichend bearbeitet werden können, solange an den jeweiligen Grundannahmen festgehalten wird.) Zugleich findet man hier aber Konzepte, die vielversprechend erscheinen, sobald sie aus diesem rationalistischen Rahmen herausgelöst sind. – Nach einem Exkurs zu der wissenssoziologischen Frage, warum sich dieser Erklärungsansatz so lange halten konnte, diskutiere ich im letzten Kapitel dieses ersten Teils den »neofunktionalistischen« Ansatz, der für sich in Anspruch nimmt, sowohl den Aporien des alten Parsonianismus wie denen der rationalistischen Gegenposition zu entkommen und so auch eine interessantere Perspektive auf politische Konflikte zu gewinnen.

1. Der negative Bezugspunkt der neueren Protestforschung: Parsons' Anomietheorie politischer Konflikte

Die Geschichte ist oft erzählt worden. Die klassische Modernisierungstheorie betrachtete soziale Bewegungen als Bedrohungen moderner Differenzierungsstrukturen; prägend sind hier die Arbeiten von Talcott Parsons. Wesentlich für dieses Verständnis politischer Konflikte ist eine spezifische Aneignung von Durkheims Anomiekonzept und – ergänzend – eine spezifische Aneignung von Webers Soziologie religiöser Sekten: »To a considerable extent the movements which, today, mobilize the forces which threaten the basic Western institutional system, are such as appeal to the Gesinnungsethik type of orientation.« (Parsons [1942] 1993b: 184) Der empirische Fall, an dem Parsons diese Überlegungen entwickelt hat, ist der Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung;⁸ die Erfahrung des McCarthyismus schien ihm dieses Verständnis zu bestätigen (Parsons [1955] 1969).⁹ Parsons' Schüler Neil Smelser hat das gleiche Verständnis politischen Protests auf die Entstehung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert angewendet und zu einer *Theorie des kollektiven Verhaltens* ([1963] 1972) mit umfassendem Anspruch systematisiert. Demnach produzieren Modernisierungsprozesse typischerweise »strukturelle Spannungen«, die – unter Bedingungen unzureichender gesellschaftlicher Integration – Anomie herbeiführen. Dieser anomische Zustand lässt Protestbewegungen entstehen. Gegen die Tendenz von Modernisierungsprozessen, Handlungsorientierungen institutionell zu differenzieren und insbesondere Sphären rein instrumentellen Handelns zu schaffen, richten diese Proteste eine expressive Orientierung, die als eigenständige politische Haltung in Stellung gebracht

8 Seine einschlägigen Aufsätze aus den 30er und 40er Jahren sind gesammelt in: Parsons (1993a), mit einem ausführlichen Vorwort von Uta Gerhardt.

9 Zu Parsons' Reaktion auf McCarthys Erfolg vgl. Nielsen (1991: 225ff.). Zu der nicht nur von Parsons vertretenen Perspektive, die den McCarthyismus zugleich in eine Nähe zu »linkspopulistischen« Bewegungen rückt, vgl. Viltard (1999) sowie die frühe Kritik von Rogin (1967).

wird. Dabei neigen sie dazu, Probleme kurzschlüssig zu fundamentalisieren. (Bereits der Umstand, dass sie als Bewegungen außerhalb der formalen politischen Institutionen auftreten, wird als Indiz dafür genommen, dass solche Kurzschlüsse stattgefunden haben.) Das hier sichtbare Rationalitätsdefizit erlaubt auch den Schluss, dass Protestbewegungen sich rein reaktiv verhalten und nicht etwa reflektiert auf das gegebene Problem reagieren. Strukturelle Probleme wirken dieser Auffassung nach also unmittelbar *kausal*, ohne eine Vermittlung über die Reflexivität und Handlungsrationality der Beteiligten. Aus diesen Gründen sind Protestbewegungen nicht mehr als ein problematisches Epiphänomen sozialen Wandels; sie haben entweder keine oder nur eine hemmende Wirkung auf den Modernisierungsprozess, mit dem ihre Entstehung verknüpft ist. (Die zeitgenössischen Theorien über »Modernisierung« waren in einer wesentlichen Hinsicht Theorien zur Diskreditierung derjenigen politischen Bewegungen, die sich außerhalb der formalen politischen Institutionen betätigten.)

Auch die Studentenbewegung der 1960er Jahre deutet Parsons mit diesem Modell (vgl. Parsons/Platt 1973): Sie erscheint ihm als Reaktion auf einen Rationalisierungsprozess, der in einer Ausdifferenzierung einer reineren Sphäre des Wissenschaftlichen im Bildungssystem bestehen soll, und den er – in Analogie zur »industriellen Revolution« – als »Bildungsrevolution« bezeichnet. Diese Analogie dient auch zur Erklärung des Protests: Wie in den früheren Vergleichsfällen kommt es zu Protesten seitens der »category of persons exposed to the most massive problem of adjustment« (ebd. 61). Entsprechend der These, Protestbewegungen seien als Reaktionen auf Differenzierungsprozesse zu erklären, beschreiben die Autoren den Konflikt als Aufeinanderprallen jeweils rein »kognitiver«, »moralischer« und »expressiver« Orientierungen, und damit als einen Konflikt zwischen »der« Wissenschaft als solcher und etwas anderem, das im Bereich des Wissenschaftlichen illegitime Geltungsansprüche anmeldet und folglich als antimodernes Hemmnis zu begreifen ist. Entsprechend sieht Parsons den Hochschulkonflikt letztlich als Ausdruck eines Sozialisationsproblems: Die Studenten seien – noch – nicht hinreichend tolerant gegenüber einer »reinen kognitiven Rationalität«, also: noch nicht rational genug. Parsons selbst bleibt optimistisch: Er geht davon aus, dass ein instrumentalistisches Muster zu tief in die US-Kultur eingeschrieben ist, als dass es durch diesen Protest bedroht werden könnte; darum erwartet er, dass das neu aufgewertete »expressive« Moment – mit Bemühungen um alternative Formen der Lebensführung etc. – separat institutionalisiert wird, über einen neuen

Differenzierungsschub: eine »expressive Revolution« (Parsons 1978: 312ff.). Einflussreicher wurde eine pessimistische Sicht, die – auf der Grundlage einer einfacheren Version der gleichen Theorie – andere Erwartungen entwickelt:¹⁰ Konservative Theoretiker wie Samuel Huntington (1974) und Daniel Bell (1976) zweifeln an der künftigen »Regierbarkeit« der westlichen Gesellschaften; sie evozieren die Gefahren einer »postindustriellen Politik«, die – nicht mehr begrenzt durch eine Verankerung in präzise definierten Interessen – von expressivem politischen Verhalten geprägt sei und darum zu einer »Krise der Demokratie« führen könne. Eine späte, theoretisch aufwändiger instrumentierte Variation des gleichen Themas findet man noch bei Niklas Luhmann (1986): Die Ökologiebewegung der 1980er Jahre erscheint aus dieser Sicht als ein Protest gegen *die* funktionale Differenzierung überhaupt.

Diese Thesen bilden den Horizont der seit den 1970er Jahren neu in Gang gekommenen Debatten der Soziologie sozialer Bewegungen; auch dort, wo es den Vertretern der neueren Protestforschung nominell um eine Auseinandersetzung mit Durkheim geht, bilden sie den eigentlichen Gegenstand der Diskussion.¹¹ Die auf die Modernisierungstheorie reagierende neuere Protestforschung nimmt nicht nur an, dass Protestbewegungen als Motoren von »Modernisierung« und »Rationalisierung« wirken können. Um die Frage zu beantworten, wie diese mögliche Wirkung politischen Protests zu erklären ist, liefert sie auch eine Beschreibung solcher Bewegungen, die der parsonianischen Sicht direkt entgegengesetzt ist: Sie schreibt ihnen in jeder Hinsicht eine rationale Orientierung zu und will auch den internen Strukturaufbau solcher Bewegungen durch die Effekte von Regeln rationalen Entscheidens erklären. Die folgenden drei Kapitel diskutieren die verschiedenen Varianten dieses neuen Rationalismus.

10 Zur internen Differenziertheit der modernisierungstheoretischen Position vgl. Knöbl (2001).

11 Vgl. etwa die Kritik an der »durkheimianischen Tradition« bei Tilly (1978a: 18ff.; 1981), der sich hier weniger mit Durkheims eigenen Texten auseinandersetzt als mit Arbeiten von Smelser, Huntington und Gurr.

2. Theorien über selektive Anreize

Wenn von rationalistischen Erklärungen politischen Protests die Rede ist, denkt man zunächst an die Diskussionslinie, die mit Olsons Thesen zur *Logik des kollektiven Handelns* beginnt; oft wird übersehen, dass es sich hier nur um *eine* spezifische Variante einer rationalistischen Erklärung handelt. Tatsächlich unternimmt Olson den ersten expliziten Versuch, soziale Bewegungen als eine Form *unwahrscheinlicher* Ordnungsbildung – unter dem Titel: *kollektives* Handeln – von Grund auf zu erklären. Die Weise, in der er die Erklärungsbedürftigkeit dieses kollektiven Handelns demonstrieren will, wie auch die Teillösung, die er für dieses Erklärungsproblem vorschlägt, ergeben sich dabei aus dem disziplinären Vorverständnis der Wirtschaftswissenschaften. Olson fasst die Frage nach den Ursachen sozialer Bewegungen als die Frage nach den Voraussetzungen dafür, dass ein Engagement für die Herstellung *öffentlicher* Güter stattfindet, also: von Gütern, die – wie etwa Gesetze – von *jedermann* genutzt werden können. Um die Schwierigkeiten einer solchen Erklärung zu verdeutlichen, greift er zurück auf das Modell des idealen Marktes: Die Situation eines Individuums, das sich politisch für die Produktion eines öffentlichen Gutes engagiert, entspricht – so Olson – der Situation eines Marktteilnehmers, der auf einem idealen Markt versucht, durch eigenen Verzicht (ein Absenken der Produktion) den Nutzen aller Marktteilnehmer zu erhöhen (einen Preisverfall zu verhindern). Die Analogie stützt sich vor allem auf die hohe Zahl der Beteiligten und den entsprechend minimalen Effekt jedes individuellen Engagements: In beiden Fällen – so die These – ist der individuelle Beitrag zwar kostenträchtig für den Handelnden, macht aber ansonsten keinen Unterschied; da rationale Akteure das wissen, werden sie sich nicht engagieren (Olson 1971: 11f.). Olson diskutiert das zunächst als ein Dilemma, das in Konstellationen entsteht, in denen die meisten Beteiligten als rationale Egoisten agieren: Weil die potentiell Aktiven wissen, dass genügend andere ein Interesse daran haben, die »Produktion« dieses Gutes zu veran-

lassen, und dass sie selbst von diesem Gut – seines öffentlichen Charakters wegen – in jedem Fall profitieren, werden sie selber nicht Zeit, Energie und Geld für ein entsprechendes Engagement aufbringen, sondern »schwarzfahren«. Die Akzentuierung der Rationalität der potentiell Engagierten führt hier also zu einer pessimistischen Überbietung des klassischen Utilitarismus: Auch das »wohlverstandene Eigeninteresse« – das dort begründen sollte, warum viele kollektiv nützliche Handlungen utilitaristisch erklärbar sind – wird nicht notwendigerweise verfolgt, wenn die Beteiligten wirklich als rationale Egoisten agieren. Olson unterstellt aber nicht, dass rationaler Egoismus das *universell* wirksame Handlungsmotiv ist. Die Allgemeingültigkeit seiner These von der Unwahrscheinlichkeit der Kooperation begründet er damit, dass auch rationale Altruisten mit einem solchen Problem konfrontiert sind:

»Even if the member of a large group would neglect his own interests entirely, he still would not rationally contribute toward the provision of any collective or public good, since his own contribution would not be perceptible. [...] Selfless behavior that has no perceptible effect is sometimes not even considered praiseworthy. A man who tried to hold back a flood with a pail would probably be considered more of a crank than a saint, even by those he was trying to help.« (Ebd. 64)

Olsons Einsicht ist also: Aus der Beobachtung, dass der politische Wandel, für den sich die Teilnehmer einer Protestbewegung engagieren, aus der Sicht dieser Teilnehmer in ihrem eigenen Interesse liegt, folgt nicht, dass sich dieses Engagement schlicht als zweckrationale Verfolgung eines kollektiv geteilten Interesses erklären lässt. Oder: Dass die Protestteilnehmer politische Ziele haben, bedeutet nicht, dass sich ihr Engagement hauptsächlich durch Verweis auf diese *Ziele erklären* lässt.

Olsons wesentliche Erklärung dafür, dass ein Engagement für kollektive Güter stattfindet, ist allerdings wieder auf die Prämisse des Egoismus angewiesen. Wie bekannt, lautet die These: Diejenigen Organisationen, die sich um das jeweilige Kollektivgut bemühen, produzieren – weil ihren Eliten, die sich aus rationalen Akteuren zusammensetzen, das Problem bewusst ist – für ihre Mitglieder »selektive Anreize«, d.h. einen je individuellen Zusatznutzen; als Beispiel nennt Olson Gewerkschaften im 19. Jahrhundert, die für ihre Mitglieder Vorstufen einer Arbeitslosenversicherung entwickeln (ebd. 74). Erst dieser zu dem Nutzen, der mit der Herstellung des Kollektivguts verbunden wäre, hinzutretende *zusätzliche* Nutzen führt demnach das Engagement für das Kollektivgut – zunächst etwa schon: den

Eintritt in eine Bewegungsorganisation – tatsächlich herbei. Auf die Beobachtung, dass sich Engagement nicht unmittelbar durch rationalen Egoismus erklären lässt, reagiert Olson also mit einem Erklärungsansatz, der dennoch unterstellt, dass die Beteiligten zum rationalen Egoismus disponiert sind, und deshalb Bedingungen benennt, unter denen auch rationale Egoisten kooperieren. Das ist bei Olson aber noch nicht als Erklärung für *jedliches* Engagement gemeint. Unter anderem nimmt er nicht in Anspruch, auch die Aktivitäten von Organisationen gut erklären zu können, die nicht in irgendeiner Weise mit den wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder befasst sind (ebd. 159ff.).

In der folgenden Debatte hat sich allerdings, gegen Olsons differenzierte Position, eine radikalere wie auch simplere Variante seines Arguments durchgesetzt. Das von Olson beschriebene Dilemma rationaler Akteure wird nun meist als Gefangenendilemma gefasst, also: mit einem Modell, das nur rationale Egoisten kennt (vgl. zuerst Hardin 1971). Nach dieser Auffassung kann eine Erklärung immer erst vorliegen, wenn gezeigt worden ist, dass das beobachtete Handeln sich auf selektive Anreize zurückführen lässt.

Gegen Olsons Erklärungsstrategie wurde bald eingewandt, dass sie inkohärent sei. Die Vorstellung, das Handeln *sämtlicher* Mitglieder einer Organisation, die sich um die Herstellung *öffentlicher* Güter bemüht, könne auf selektive Anreize zurückgeführt werden, führt in einen infiniten Regress: Die Bereitstellung selektiver Anreize zur Erzeugung eines öffentlichen Guts wäre, da sie unmittelbar der Produktion eines öffentlichen Gutes dient, selbst schon eine Bereitstellung eines öffentlichen Gutes und müsste darum mit Verweis auf andere selektive Anreize erklärt werden (Oliver 1980). Ein prominenter Vorschlag zur Lösung dieses Problems setzt bei der Frage an, welchen Typ von Gütern eine Erklärung, die auf rationalen Egoismus verweist, stattdessen voraussetzen müsste. So argumentiert Hechter (1987), der auf diese Weise den infiniten Regress vermeidet. Seine These lautet, dass kollektives Handeln dann durch egoistische Nutzenmaximierung erklärbar ist, wenn Bewegungsorganisationen *joint goods* erzeugen: Güter, die zwar kollektiven, aber nicht öffentlichen Charakter haben, von deren Nutzung also diejenigen ausgeschlossen werden können, die nicht kooperieren. Wegen der starken Vorannahmen, die den Charakter der relevanten Güter betreffen, hat diese Lösung aber nur einen recht kleinen Anwendungsbereich; aus ihr lässt sich keine allgemeine Erklärungs-

regel entwickeln, der zufolge man jeden Mobilisierungsprozess erst dann begriffen hat, wenn man ihn auf selektive Anreize zurückgeführt hat. Die These, *alle* sozialen Bewegungen – oder auch nur all diejenigen, die Olson dem Geltungsbereich seines Modells zuordnet –, könnten nach diesem Muster funktionieren, scheint damit zunächst hinfällig. Die bisher vorliegenden empirischen Ergebnisse deuten auch nicht darauf hin, dass die Mehrheit der Engagierten von solchen Motive angetrieben wird.¹² Zudem ist die Egoismus-Unterstellung auch nicht in dem Sinne eine unproblematische Theorieprämisse, dass die Bedingungen, unter denen rationale Egoisten kooperieren, zugleich die Bedingungen wären, unter denen alle anderen kooperieren: Was Opportunisten als einen Anreiz begreifen, der sie zur Kooperation veranlasst, kann bei intrinsisch Motivierten gerade eine Minderung des Engagements bewirken (Frey 1993; Orr 2001).

Vertreter einer Theorie des rationalen Egoismus haben Versuche unternommen, den Allgemeinheitsanspruch dieses Ansatzes zu retten, indem sie Handlungsgründe, die zunächst einen anderen theoretischen Rahmen zu bestätigen scheinen, als Formen der Orientierung an selektiven Anreizen deuten.¹³

Der erste dieser Versuche betrifft *Normbefolgung*. Auf diesem Wege versucht Karl-Dieter Opp (1996a, 1996b, 1998), ausgehend von Olsons Konzept doch noch eine umfassende Theorie sozialer Bewegungen zu entwickeln; er stützt sich auf die These, dass auch der je eigene Akt der Normbefolgung den individuellen Nutzen produzieren kann, auf den eine solche Erklärung verweisen muss. Man könnte nun meinen, das sei eine zwar merkwürdige, aber harmlose Redeweise, in der »Nutzen« bloß ein anderes Wort für »Handlungsgrund« ist. Allerdings hält dieser Ansatz an spezifischen Annahmen fest, die nicht nur die Form des Handelns betreffen (Zweckorientierung, Steuerung durch starke Reflexivität), sondern auch seine substantielle Orientierung (egoistische Nutzenmaximierung). Berück-

12 Eine kritische Diskussion von Arbeiten innerhalb des RC-Paradigmas, die an Olson anknüpfen, bieten Green und Shapiro (1994: 79ff.). In Laborexperimenten hat sich wiederholt gezeigt: Es sind vor allem Studenten der Wirtschaftswissenschaften, die sich ungefähr so verhalten, wie Olson erwartet (vgl. Marwell und Ames 1981; Frank u.a. 1993). Das bestätigt sich auch bei der Auswertung natürlicher Daten – vgl. Frey und Meier (2003), mit der Differenzierung: vor allem Studenten der Betriebswirtschaftslehre kooperieren nicht.

13 Olson (1971: 61f., Anm. 17) antizipiert diese Erweiterungsversuche bereits, betrachtet sie aber recht skeptisch.

sichtigt man diese Prämissen, dann erweist sich der Versuch, Normorientierung als Fall eines an selektiven Anreizen orientierten Verhaltens zu begreifen, als inkohärent: Man müsste dann unterstellen, dass in einer Situation, in der das Ziel, einer Norm zu folgen, mit anderen Handlungszielen in Konflikt tritt, die Frage, ob normgemäß gehandelt wird, nach einem egoistischen Nutzenkalkül entschieden wird. Dann läge aber eine Handlungsorientierung vor, die mit dem Begriff ›Normbindung‹ von Anfang an falsch beschrieben wäre (vgl. Elster 1999: 155f., 301ff.). Es müsste sich stattdessen um ein strategisches Verhältnis zu Normen handeln, das immer schon von der Höhe der drohenden Sanktionen angeleitet wird. Insofern müsste Opps Erklärungsansatz letztlich auf die These verweisen, hinter jedem scheinbar normorientierten Handeln stehe ein latent strategisches Bemühen um individuelle Gratifikation. Das wäre einerseits kaum überprüfbar und würde andererseits zurück in die Schwierigkeiten führen, unter denen die materialistische Variante der These leidet.

Ein zweiter Versuch stellt auf die *emotionale* Dimension von Engagement ab. Dieser Versuch zielt einerseits darauf, die Rückführung von Normbefolgung auf Nutzenverfolgung in einer Weise zu reformulieren, die den oben erwähnten Einwand wegfallen lässt: Nicht die Normbefolgung als solche, sondern die mit der Befolgung bzw. der Nichtbefolgung der Norm verbundenen Emotionen wirken demnach als selektive Anreize; besonders wichtig ist für diese Argumentation die Emotion *Scham*. Dieser Versuch bezieht aber auch Emotionen ein, die nicht mit Normen zusammenhängen, sondern im Zusammenhang mit partikularistischen Bindungen entstehen, insbesondere: Emotionen im Rahmen von Freundschaftsbeziehungen, die Netzwerke tragen. Auch dieser Versuch erweist sich in beiden Varianten als inkohärent.¹⁴ Was die mit Normen verbundenen Emotionen betrifft: Es ist widersprüchlich, ›Scham‹ als negativen Anreiz zu deuten. Wer in der Lage wäre, Scham als bloße Kosten zu begreifen, würde überhaupt keine Scham verspüren; von einer emotional gestützten Normbindung könnte dann von Anfang an nicht die Rede sein (vgl. nochmals Elster 1999: 155f., 301ff.). Der Versuch, die Emotion als eine Handlungsgrundlage zu präsentieren, die zwar mit der Norm verbunden, zugleich

¹⁴ Hier ist zu berücksichtigen, dass eine Erklärung über selektive Anreize nicht schon dann greift, wenn keine reine Selbstaufopferung stattfindet (was etwa bereits in der Freude am Protest zum Ausdruck käme); vielmehr müssen alle Beteiligten aus rationalem Egoismus handeln, in der Absicht, nur so lange zu kooperieren, wie sie sich davon einen individuellen Nutzen versprechen.

aber gegenüber der Norm fundamentaler ist und deshalb die Befolgung der Norm erklären kann, scheitert also im Fall der Scham, weil sich die dafür notwendige Separierung der Emotion von der Norm nicht durchhalten lässt: Man muss bereits auf die Norm verweisen, um erklären zu können, warum diese Emotion überhaupt eintritt. Als inkohärent erweist sich auch die RC-Deutung der motivierenden Wirkung von Freundschaftsbeziehungen. Diese Deutung setzt voraus, dass eine positive Erfahrung, die essentiell auf eine emotionale Bindung an die anderen Bewegungsmitglieder zurückgeht, egoistisch als selektiver Anreiz verfolgt werden kann. Das setzt wiederum voraus, dass die Freude, mit Freunden zu kooperieren, von den Beteiligten immer im Rahmen eines Kosten/Nutzen-Kalküls betrachtet wird. Dass überhaupt ein »Nutzen« vorliegt, wird aber mit Verweis auf emotionale Bindungen begründet, die eng genug sind, um *von sich aus* eine Freude an der schieren Kooperation zu erzeugen. Diese beiden Bedingungen scheinen schwer vereinbar. Wenn die unterstellte feste Bindung vorliegt, dann dürften innere Konflikte einzelner Beteiligter bezüglich der Frage, ob sie mit den anderen Gruppenmitgliedern kooperieren sollen, nicht einfach als Kosten/Nutzen-Kalküle verlaufen.¹⁵

Problematisch ist das RC-Argument noch dort, wo Emotionen nicht als unmittelbare Handlungsgründe betrachtet werden, sondern nur als Entstehungsbedingungen der wirksamen Handlungsgründe, bzw. in der Sprache dieses Ansatzes: als Produktionsbedingungen eines Gutes, das für die Beteiligten als selektiver Anreiz wirkt. Das zeigt sich etwa in den Arbeiten von Annette Schnabel (2001; 2003) zur neueren deutschen Frauenbewegung. Schnabel geht von der Beobachtung aus, dass Selbsthilfegruppen, die durch emotionale Beziehungen gestützt werden, die Beteiligung an einer Protestbewegung stabilisieren, die auch konventionelle politische Aktionen durchführt.¹⁶ Sie schlägt vor, dies mit einem klassischen Rational-Choice-Modell zu erklären, das die Beteiligten als rationale Egoistinnen begreift – wobei sie gerade die emotionale Dimension dieser Selbsthilfegruppen ins Zentrum stellt: Die »Selbsterfahrungsgruppen der neuen deutschen Frauenbewegung stellen den institutionellen Rahmen bereit, innerhalb dessen auf der Basis emotionaler Verbundenheit fundamentale Lernprozesse ablaufen können.« (Schnabel 2001: 198) Als entscheidende Vor-

15 Umgekehrt zeigt Gould (2003), dass der mögliche Abbruch einer Freundschaftsbeziehung auf die Betroffenen nicht als negativer Anreiz im Sinne einer Theorie des rationalen Egoismus wirken kann.

16 Vgl. auch die theoretische Ausarbeitung bei Schnabel (2005).

aussetzung nennt sie ein starkes, affektiv gestütztes Vertrauen der Teilnehmerinnen zueinander:

»Das Lernen [...] erfolgt in einem Kontext, innerhalb dessen Fehlinterpretationen möglich sind, weil die Gruppenprozesse hochgradig emotional aufgeladen sind und die beteiligten Frauen sich gegenseitig vertrauen. Dieses Vertrauen bildet sich durch die Offenlegung teils intimer, teils gesellschaftlich als deviant empfundener Gedanken und Gefühle.« (Ebd. 199) Über diese »Lernprozesse« schreibt Schnabel: »Diese Gewinne sind individuell zurechenbar, von ihrem Nutzen können [...] Nicht-Gruppenmitglieder ausgeschlossen werden. [...] Ihre Produktion [...] erleichtert [...] die Bereitstellung selektiver Anreize für die politische Sensibilisierung von Frauen.« (Ebd. 198)

Da die angestrebten Güter – so das zentrale Argument – nur *Mitgliedern* zugänglich sind, erscheinen diese Gruppen als Kandidaten für die Anwendung eines Modells nach Hechter (1987), das Kooperation auf egoistische Bemühungen um eine Teilhabe an joint goods zurückführt. Auch hier wirkt die Beschreibung inkongruent, gerade was die emotionalen Beziehungen der Teilnehmerinnen zueinander betrifft; wenn sie tatsächlich rationale Egoistinnen sind, ist nicht klar, wie sie das wechselseitige Vertrauen entwickeln können, das nach Schnabel hier eine notwendige Bedingung darstellt. Zum einen erscheint es widersprüchlich, zugleich eine »hochgradige emotionale Aufladung« und eine solche kalkulierende Haltung zu unterstellen; zum anderen müssten rationale Egoistinnen damit rechnen, dass die anderen Teilnehmerinnen ebenfalls egoistisch entscheiden und das entgegengebrachte Vertrauen enttäuschen werden, sobald sie ihre Probleme als gelöst betrachten.¹⁷ Auch wenn die Beteiligten hier in dem Sinne rational handeln, dass sie gute Gründe haben, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, scheint es also – wenn die Kooperation tatsächlich funktioniert – weniger einleuchtend, sie als rationale Egoistinnen zu ver-

¹⁷ Zudem müsste auch diese Erklärung eine Normbindung voraussetzen, die den Prämissen des Erklärungsansatzes widerspricht. Bereits die Inhalte der hier beschriebenen Lernprozesse scheinen mit der Unterstellung des rationalen Egoismus nicht gut vereinbar: Die feministische Identität, um deren Entwicklung es den Beteiligten geht, impliziert wesentlich eine Bindung an verallgemeinerbare normative Verpflichtungen. Deshalb ist es fraglich, ob man die von diesen Gruppen versprochene Selbstveränderung – und dann: die Mitgliedschaft in einer solchen Gruppe – überhaupt *anstreben* kann, ohne Überzeugungen zu teilen, die eine *basale* opportunistische Haltung gegenüber den anderen Gruppenmitgliedern ausschließen. Dieser Einwand gilt nicht für diejenigen Fälle, in denen die Beteiligten die Selbsthilfegruppe allein als Mittel zur je privaten Therapie betrachten; zu überprüfen bliebe aber, ob solche Gruppen nicht rasch durch Kooperationsdilemmata zerstört werden.